

MATTHIAS LEISTNER

Richtiger Vertrag  
und lauterer Wettbewerb

*Jus Privatum*

119

---

**Mohr Siebeck**

JUS PRIVATUM  
Beiträge zum Privatrecht

Band 119





Matthias Leistner

# Richtiger Vertrag und lauterer Wettbewerb

Eine grundlagenorientierte Studie  
unter besonderer Berücksichtigung  
der europäischen Perspektive

Mohr Siebeck

*Matthias Leistner*, geboren 1974; Studium der Rechtswissenschaften an der Freien Universität Berlin und der Université Libre de Bruxelles; 1997 Erstes Staatsexamen; 1997–2003 wissenschaftliche Mitarbeit am Max-Planck-Institut für Geistiges Eigentum, Wettbewerbs- und Steuerrecht München zuerst als Stipendiat, später als Referent für Commonwealth-Länder; 1999 Promotion an der Ludwig-Maximilians-Universität München; 2001 Zweites Staatsexamen; 2003 Bayerischer Habilitationsförderpreis, Anfertigung der Habilitationsschrift; 2004 Master of Law am Trinity Hall College der University of Cambridge; 2006 Habilitation an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

e-ISBN PDF 978-3-16-151196-7  
ISBN 978-3-16-149228-0  
ISSN 0940-9610 (Jus Privatum)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2007 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Computersatz Staiger in Rottenburg/N. aus der Garamond-Antiqua gesetzt, von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

*Für  
Michèle, Nicole und Helena Clara*



## Vorwort

Diese Arbeit wurde im Sommersemester 2006 von der Hohen Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München als Habilitationsschrift angenommen. Das Manuskript wurde im Juni 2006 überarbeitet und im wesentlichen für die Publikation fertiggestellt; neuere Entwicklungen konnten dann bis September 2006 noch vereinzelt berücksichtigt werden.

Ich bin für Anregung und Begleitung der Arbeit an dieser Studie vielen Freunden und Kollegen zu Dank verpflichtet. Zu allererst ist mein verehrter akademischer Lehrer, Herr Prof. Dr. Josef Drexl, LL.M. (Berkeley), zu nennen. Er hat ursprünglich das Thema der Arbeit angeregt, das sich in der Folgezeit als ganz unvergleichlich fruchtbringend und stets aufs neue aktuell herausgestellt hat. In der Folge hat er die Forschungsarbeit mit wertvollen Hinweisen und Kritik bereichert, dabei aber zugleich stets Zurückhaltung geübt, wo ein junger Wissenschaftler Freiräume für die Arbeit und Freiheit für die Entwicklung eigener Ideen brauchte. So hätte man sich schönere Arbeitsbedingungen für wissenschaftliche Tätigkeit als in der Zeit an der Ludwig-Maximilians-Universität und am Max-Planck-Institut für Geistiges Eigentum, Wettbewerbs- und Steuerrecht nicht erträumen können. Großer Dank gilt auch dem Zweitberichterstatter Herrn Prof. Dr. Helmut Köhler. Für die behandelte Thematik war der so schnell und zügig erstellte Zweitbericht naturgemäß eine unschätzbare Bereicherung mit einer Vielzahl von wohlwollenden Anregungen, über die ich mich sehr gefreut habe und die ich noch sämtlich für die Veröffentlichung berücksichtigen konnte.

Noch vielen weiteren Personen wäre zu danken; es können nur einzelne stellvertretend herausgegriffen werden. Herrn Prof. William Cornish vom Magdalene College der Universität Cambridge darf ich ganz herzlich für die so ausnehmend freundliche Aufnahme im Rahmen meines LL.M.-Studiums in Cambridge danken, die mir nicht nur Gelegenheit gegeben hat, neben dem dortigen Studienprogramm auch wesentliche Forschungsarbeiten für den Grundlagenteil der Arbeit durchzuführen, sondern die mir auch ganz einzigartige Einblicke in das englische Universitätsleben erlaubte. Meinem Kollegen Herrn Dr. Axel Metzger, LL.M. (Harvard), danke ich für seine kritische Durchsicht des Manuskripts und die reichen Anregungen, die seine Mühe noch erbracht hat; zu danken ist auch Frau Prof. Dr. Annette Kur, Herrn Dr. Stefan Enchelmaier, LL.M. (Edinburg), M.A. (Oxon), und Herrn PD Dr. Andreas Musil für ihre jeweiligen wertvollen Anregungen zu einzelnen Teilbereichen der Arbeit. Besonders schön hat sich die Zusammenarbeit in der Forschung mit Herrn PD Dr. Christian Kersting, LL.M. (Yale), gestaltet; in

einzelnen Überschneidungsbereichen haben wir bei der Erstellung unserer jeweiligen Habilitationsschriften einen regen und anregenden Austausch schon in der Arbeitsphase gepflegt, der unsere Arbeit beiderseitig sehr bereichert hat. Schließlich danke ich Frau cand. iur. Mona Seeger, Frau stud. iur. Kathrin Wildenhain und Frau Gisa Hoffmann-Tlili für Mithilfe bei Recherchearbeiten und der Fertigstellung des Manuskripts für die Veröffentlichung.

Mein Dank gilt zudem dem Bayerischen Staat, der die Erstellung dieser Arbeit mit einem Bayerischen Habilitationsförderpreis gefördert hat; nicht zuletzt dieser Förderung meiner Forschung ist die zügige Fertigstellung und Veröffentlichung der Arbeit unter idealen Arbeitsbedingungen zu danken. Auch die Junge Akademie an der Akademie der Wissenschaften Berlin-Brandenburg und der Akademie der Naturforscher Leopoldina hat mit einem großzügigen Zuschuß zu den Druckkosten die Veröffentlichung der Arbeit ihres Mitglieds gefördert. Zugleich gilt Dank dem Mohr Siebeck Verlag für die Aufnahme der Arbeit in die Schriftenreihe „Jus Privatum“ und besonders herzlicher Dank auch dem verantwortlichen Cheflektor, Herrn Dr. Franz-Peter Gillig, für die lektorale Betreuung.

Zuletzt und mit ganz besonderer, tiefer Dankbarkeit sei die einzigartige und großartige Unterstützung genannt, die mir meine Familie zu jedem Zeitpunkt meines wissenschaftlichen Werdegangs gewährt hat. Meinen lieben Eltern Werner und Eva-Maria Leistner danke ich für ihre stets unbedingte Unterstützung und liebevolle Geduld mit einem von Diskussionsbedarf überschäumenden jungen Wissenschaftler; meine Mutter hat zudem das Manuskript in einer grandiosen Sisyphusarbeit innerhalb kürzester Zeit auf seine sprachliche Qualität hin durchgesehen. Und natürlich ist an dieser Stelle meiner lieben Frau Michèle und Tochter Nicole zu danken, die meine hochfliegenden Thesen und Pläne noch aus größerer Nähe und ständig zu erdulden hatten, denen es aber immer gelungen ist, mich mit Ruhe, Weisheit und Witz wieder auf den Boden der wirklich wichtigen Dinge im Leben herunterzuholen.

München, im Oktober 2006

Matthias Leistner

# Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis ..... XXXI

Einführung ..... 1

## 1. Kapitel: Grundlagen

1. *Abschnitt*: Vertrag und Wettbewerb in wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive ..... 11

2. *Abschnitt*: Normative Maßstäbe aus neueren rechtsphilosophischen Vertragstheorien ..... 144

3. *Abschnitt*: Prinzipien und Systemfunktionen – Versuch einer Systembildung zu Vertrag und Wettbewerb ..... 171

4. *Abschnitt*: Zusammenfassung zum ersten Kapitel ..... 288

## 2. Kapitel: Rahmenbedingungen – Grundrechte und Europäisches Recht

1. *Abschnitt*: Überblick ..... 287

2. *Abschnitt*: Grundrechte und Verfassungsrecht ..... 288

3. *Abschnitt*: EG-Vertrag und europäisches Sekundärrecht ..... 339

4. *Abschnitt*: Zusammenfassung zum zweiten Kapitel ..... 510

## 3. Kapitel: Die unmittelbar-heteronome wechselseitige Rezeption der Wertungen aus Vertrags- und Wettbewerbsrecht

1. *Abschnitt*: Überblick ..... 525

2. *Abschnitt*: Unmittelbar-heteronome Rezeption wettbewerbsrechtlicher Wertungen im BGB ..... 527

3. *Abschnitt*: Unmittelbar-heteronome Rezeption vertragsrechtlicher Wertungen im UWG ..... 572

4. *Abschnitt*: Zusammenfassung zum dritten Kapitel ..... 606

4. Kapitel: Die mittelbar-autonome wechselseitige normative Beeinflussung von Vertrags- und Wettbewerbsrecht	
1. <i>Abschnitt</i> : Überblick .....	615
2. <i>Abschnitt</i> : Allgemeine Konzeptionen .....	619
3. <i>Abschnitt</i> : Ausgewählte Instrumente des Zivilrechts mit eigenständiger marktbezogener Ordnungsfunktion und funktionale Wechselwirkung mit den jeweiligen Wertungsmaßstäben im Wettbewerbsrecht .....	653
4. <i>Abschnitt</i> : Ausgewählte Instrumente des Zivilrechts mit lediglich reflexartiger marktbezogener Ordnungsfunktion und Wechselwirkung typisierter Wertungen mit den jeweiligen Wertungsmaßstäben im Wettbewerbsrecht .....	816
5. <i>Abschnitt</i> : Systemwidrige tatbestandliche Schutzlücken im Vertragsrecht oder strukturelle Durchsetzungslücken des Individualschutzes als Paradigma für das Verhältnis von Wettbewerbs- und Vertragsrecht? ....	1032
6. <i>Abschnitt</i> : Zusammenfassung zum Vierten Kapitel .....	1061
Fazit und Perspektive .....	1084
Literaturverzeichnis .....	1093
Sachverzeichnis .....	1137

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis .....	XXXI
Einführung .....	1
A. Gegenstand der Untersuchung .....	1
B. Abgrenzung des Themas .....	4
C. Gang der Untersuchung .....	5

## 1. Kapitel:

### Grundlagen

<i>1. Abschnitt: Vertrag und Wettbewerb in wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive</i> .....	11
A. Einführung .....	11
B. Methodologische Überlegungen .....	13
C. Ökonomische Grundvorstellungen von Wettbewerb und Vertrag .....	16
I. Der dynamische Wettbewerb und die Rolle des Vertrags in der „modernen Tausch- oder Handelswirtschaft“ der Klassik (Adam Smith) .....	16
1. Allgemeiner Rahmen .....	16
2. Wettbewerbsverständnis, Wettbewerbsordnung und die Rolle des Rechts .....	19
3. Das Verständnis des (Vertrags-)rechts und der Vertrags- freiheit bei Smith .....	21
4. Fazit .....	24
II. Das statische Gleichgewichtsmodell der vollkommenen Konkurrenz in der Neoklassik (Samuelson) .....	25
1. Allgemeiner Rahmen .....	25
a. Das Gleichgewichtsmodell der Neoklassik .....	25
b. Die sogenannte Chicago School of Antitrust Analysis .....	28
c. Bewertung .....	32

2. Wettbewerbskonzept und Wettbewerbsordnung bei den Neoklassikern und der Chicago School .....	35
a. Das Wettbewerbskonzept der Neoklassiker und der Chicago School .....	35
b. „Wettbewerbsordnung“ und die Rolle des Rechts .....	37
3. Das Verständnis des Vertrags und der Vertragsfreiheit bei den Neoklassikern und der Chicago School .....	40
4. Fazit .....	43
III. Die Kantzenbach/Hoppmann-Kontroverse und der Einfluß	
v. Hayeks .....	44
1. Das Konzept eines wirksamen Wettbewerbs bei Kantzenbach ...	44
2. Das Wettbewerbsverständnis Hoppmanns .....	46
3. Hoppmanns Harmoniethese und der Einfluß von Hayeks .....	47
4. Die Rückwirkung auf die Rolle des Rechts .....	49
5. Bewertung .....	51
IV. Die Materialisierung des Freiheitsbegriffs im Ordnungsdenken der „Freiburger Schule“ .....	54
1. Allgemeiner Rahmen: Ordnungsökonomie und Rolle des Rechts .....	54
2. Das ordnungsökonomische Verständnis der Vertragsfreiheit und des Wettbewerbs im Ordoliberalismus .....	58
3. Die Rolle des Vertrags- und Wettbewerbsrechts .....	61
4. Fazit .....	65
V. Der praktische Wettbewerbsbegriff bei Fikentscher .....	68
D. Ökonomische Analyse des Rechts, Informationsökonomie und Neue Institutionelle Ökonomie – Anwendung und Verfeinerungen des neoklassischen Grundmodells .....	71
I. Einführung .....	71
II. Der Ausgangspunkt: Coase über „The problem of social cost“ .....	72
III. Ökonomische Analyse des Rechts .....	80
1. Grundgedanken der ökonomischen Analyse des Rechts .....	80
2. Informierte und freiwillige Entscheidungen in der Sicht der ökonomischen Analyse des Rechts .....	81
a. Informierte Entscheidungen .....	81
b. Freiwillige Entscheidungen .....	83
3. Kritik an der ökonomischen Analyse .....	85
a. Der ethisch-moralische Begründungsstrang der Kritik an der ökonomischen Analyse .....	85
(1) Ethisch-moralisch fundierte Kritik an der ökonomischen Analyse des Rechts .....	85

(2) Drexls Konzept der normativen Effizienz als mögliche Reaktion	87
(3) Systemtheoretische Folgerungen: Das Menschenbild im Konzept der normativen Effizienz und die Rolle des Wettbewerbs	88
(4) Folgen für Methode und Ergebnisse der ökonomischen Analyse des Rechts	90
b. Der methodologische Begründungsstrang der Kritik an der ökonomischen Analyse des Rechts	90
4. Bewertung und Konsequenzen für die Verwertbarkeit modellbasierter ökonomischer Erkenntnisse allgemein	95
IV. Informationsökonomie	98
1. Einführung	98
2. Preisunsicherheit und Qualitätsunsicherheit	99
3. Die Funktion der Werbung	101
4. Die Rolle des Wettbewerbs- und Vertragsrechts	106
a. Irreführungsverbot	106
b. Wettbewerbliche Steuerungswirkung der Verkäuferhaftung für Werbeangaben im Rahmen des neuen Kaufrechts	108
c. Wettbewerbliche Steuerungswirkung der verbrauchervertriebsrechtlichen Regelung des Fernabsatzes	110
d. Die AGB-Problematik als weiteres Beispiel der funktionalen Überschneidung vertragsrechtlicher und wettbewerbsrechtlicher Instrumente bei der institutionellen Steuerung des Wettbewerbs	111
e. Zwischenfazit	112
V. Neue Institutionenökonomik	113
1. Einführung	113
2. Transaktionskostenökonomie und administrative Effizienz	116
3. Eingeschränkte Rationalität	119
4. Neuere psychologische und soziologische Forschungen sowie Ergebnisse der experimentellen Ökonomie zum Verhalten der Marktteilnehmer	123
5. Exkurs: Weitere (situative) Störungen des Entscheidungsprozesses	127
6. Die Rolle des Wettbewerbs- und Vertragsrechts und die Abgrenzung vom Paternalismus	128
VI. Folgerungen: Interessenorientierte Aufgabenzuweisung an Wettbewerbs- und Vertragsrecht aus ökonomischer Sicht – Schutz vor Situationen strukturellen Vertragsversagens im Vier-Ebenen-Modell	133
E. Verwendbarkeit ökonomischer Modelle bei der Rechtsanwendung und eigener rechtsmethodischer Ansatz	140

2. <i>Abschnitt</i> : Normative Maßstäbe aus neueren rechts- philosophischen Vertragstheorien .....	144
A. Selbstbestimmungsorientierte Theorien (Raz, Fried, Barnett, Benson) ..	145
B. Wohlfahrtsorientierte oder utilitaristische Theorien (Kronman, Buckley, Gordley) .....	154
C. Formales und materielles Recht (Atiyah) .....	159
D. Das Fehlen eines deontologischen Maßstabs: Die heuristische Konzeption in der neueren Theorie Bensons .....	162
E. Vergleich: Grenzen der ethischen Wertung im Recht des unlauteren Wettbewerbs .....	163
F. Fazit .....	168
3. <i>Abschnitt</i> : Prinzipien und Systemfunktionen – Versuch einer Systembildung zu Vertrag und Wettbewerb .....	171
A. Einführung .....	171
B. Systembegriff und methodologische Rezeption .....	173
I. „Äußeres“ und „inneres“ System .....	173
II. Der verwendete Systembegriff und die Leitkriterien der Systematisierung .....	175
III. Die methodologische Rezeption .....	176
C. Prinzipien und Systemfunktionen des Vertragsrechts .....	178
I. Prinzipien des Vertragsrechts .....	178
II. Systemfunktionen: Die Debatte um die Richtigkeitsgewähr .....	182
III. Insbesondere: Der Verbraucherschutzgedanke und die Integration der Verbraucherschutzgesetze in das BGB im Rahmen der Schuldrechtsreform .....	188
1. Einführung: Dogmatische Grundmodelle zur Erklärung der Verbraucherschutzgesetzgebung .....	188
2. Rückwirkung der neueren Rechtsentwicklung im europäischen und deutschen Verbraucherschutzrecht auf die System- und Prinzipienebene des allgemeinen Schuldrechts .....	190
3. Der Trend zur Entindividualisierung des Schuldrechts und zur Betonung der Systemfunktion .....	198
4. Die systematische Behandlung der neuen Verbraucherschutz- instrumente im BGB und ihre Folgen für die Abgrenzung vom Lauterkeitsrecht .....	204

D. Prinzipien und Systemfunktionen des Wettbewerbsrechts sowie die systematische Zuordnung als Sonderdeliktsrecht der Unternehmen .....	209
I. Grundprinzipien des Rechts des unlauteren Wettbewerbs .....	209
II. Die Diskussion um das individuelle Schutzgut des Wettbewerbsrechts .....	211
1. Historische Entwicklung: Suche nach einem individuellen Schutzgut des Wettbewerbsrechts .....	211
2. Der aktuelle Perspektivwechsel: Drexls Orientierung auf die wirtschaftliche Selbstbestimmung der Marktteilnehmer ..	213
III. Die Anerkennung der Systemfunktion im Rahmen des institutionellen Schutzguts „Wettbewerb“ und der sogenannten Schutzzwecktrias der Schutzsubjekte .....	215
1. Die Situation vor Inkrafttreten des neuen UWG .....	215
2. Die Festlegung der Schutzzwecktrias in § 1 UWG im Rahmen der UWG-Reform von 2004 .....	221
3. Relevanz für Versuche einer schutzgutbezogenen Abgrenzung des Lauterkeits- vom Vertragsrecht .....	227
IV. Wettbewerbsrecht als Sonderdeliktsrecht .....	229
E. Versuche einer kategorialen Abgrenzung des Wettbewerbs- vom Vertragsrecht und einer generalisierenden systematisch-teleologischen Begründung abweichender Wertungen .....	238
I. Der „Multiplikatoreffekt“ des Unternehmens als generelle Grundlage voneinander abweichender Maßstäbe im Wettbewerbs- und Vertragsrecht? .....	238
II. Vertragsschluß als entscheidende Zäsur im Marktgeschehen? .....	244
III. Vorvertragliche Sonderbeziehung als Umschlagpunkt der Pflichtenstruktur? .....	245
F. Die spezifisch funktional-interessenorientierte Abgrenzung des wettbewerbsrechtlichen Verbraucher- und Kundenschutzes vom (Verbraucher-)vertragsrecht als Aufgabenstellung und die These vom grundsätzlichen Gleichmaß der normativen Maßstäbe .....	249
I. Der gemeinsame Fluchtpunkt der wettbewerbsrechtlichen Verkehrssicherungspflichten und der vertragsrechtlichen Pflichten in den ersten beiden Ebenen des Vier-Ebenen-Modells .....	249
II. Die spezifisch funktional-interessenorientierte Abgrenzung des wettbewerbsrechtlichen Verbraucherschutzes vom Verbraucher- vertragsrecht und die These vom grundsätzlichen Gleichmaß der normativen Maßstäbe .....	254

III. Das rechtsfolgenbezogen funktional-komplementäre Zusammenwirken von Vertrags- und Wettbewerbsrecht in Grundzügen .....	257
IV. Interessenorientierte Verallgemeinerung und Eingrenzung des normativen Gleichmaßgrundsatzes im Vier-Ebenen-Modell ...	265
1. Vertikalverhältnis: Interessen der Verbraucher und sonstigen Marktteilnehmer (Kunden) .....	265
a. Schutz des fehlerfreien Vertragsmechanismus (durch Schutz der Entscheidungsgrundlage und des Entscheidungsprozesses) .....	265
b. Schutz sonstiger Interessen der Verbraucher und sonstigen Marktteilnehmer (insbesondere vor Externalitäten bestimmter Werbe- und Vertriebsformen) .....	270
2. Interessen der Mitbewerber und der Allgemeinheit an einem unverfälschten Wettbewerb .....	273
V. Folgerungen für das weitere Untersuchungsprogramm .....	275
4. <i>Abschnitt</i> : Zusammenfassung zum ersten Kapitel .....	277

## 2. Kapitel:

### Rahmenbedingungen – Grundrechte und Europäisches Recht

1. <i>Abschnitt</i> : Überblick .....	287
2. <i>Abschnitt</i> : Grundrechte und Verfassungsrecht .....	288
A. Überblick .....	288
B. Grundgesetz .....	289
I. Vertragsfreiheit im Rahmen des Grundgesetzes .....	289
1. Überblick und Grundlagen .....	289
2. Der Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung .....	293
3. Insbesondere: Die Bürgerschafts-Entscheidungen und ihre Rezeption im Privatrecht – Methodische Leitlinien für eine Umsetzung verfassungsrechtlicher Vorgaben .....	296
II. Recht des unlauteren Wettbewerbs im Rahmen des Grundgesetzes und Folgerungen für das Vertragsrecht unter vergleichender Perspektive .....	301
1. Der Wettbewerbsbegriff der Verfassung: Wirtschaftspolitische Neutralität des Grundgesetzes? .....	302
2. Grundrechte und Werbung: Die Einwirkung der Verfassung auf das Recht des unlauteren Wettbewerbs .....	306
a. Schutzbereich der Kommunikationsgrundrechte bezüglich kommerzieller Aussagen .....	306

b.	Rechtfertigung von Grundrechtseingriffen durch das Schutzgut des Leistungswettbewerbs .....	312
(1)	Verfehlte Terminologie .....	312
(2)	Zutreffender inhaltlicher Maßstab .....	313
(3)	Zweistufige Verhältnismäßigkeitsprüfung und Folgerung für das Vertragsrecht .....	316
c.	Verhältnismäßigkeit, umfassende Grundrechteabwägung und Fallgruppenmethode: Methodologische Folgerung für das Vertragsrecht .....	317
III.	Statt einer Zusammenfassung: Weitergehende Überlegungen zur einheitlichen Perspektive im Lauterkeits- und Vertragsrecht ...	322
C.	Europäische Grundrechteordnung .....	324
I.	Europäische Menschenrechtskonvention .....	326
1.	Vertragsrecht .....	326
2.	Schutz kommerzieller Kommunikation und Recht des unlauteren Wettbewerbs .....	327
II.	Europarecht .....	333
3.	<i>Abschnitt: EG-Vertrag und europäisches Sekundärrecht</i> .....	339
A.	Einführung .....	339
B.	Zwingendes Verbrauchervertragsrecht und europäisches Lauterkeitsrecht – Der binnenmarktfunktional einheitliche Ansatz im europäischen Recht .....	340
I.	Ausgangslage im EG-Vertrag .....	340
1.	EG-Vertrag und unlauterer Wettbewerb .....	340
2.	EG-Vertrag und Vertragsfreiheit .....	347
3.	Übergreifende Perspektive und Relevanz der wirtschafts- verfassungsrechtlichen Grundlegung im EG-Vertrag .....	350
a.	Übergreifende Perspektive und Gang der folgenden Darstellung ...	350
b.	Zusammenfassung der primärrechtlichen Ausgangslage: Relevanz der wirtschaftsverfassungsrechtlichen Grundlegung .....	352
II.	Die binnenmarktorientierte (integrationspolitische) Perspektive ...	356
1.	Binnenmarktbezogene Entwicklungslinien eines europäischen Verbraucherrechts .....	356
a.	Der Ausgangspunkt: Die Tradition der Mindestharmonisierung im Bereich des lauterkeits- und vertragsrechtlichen Verbraucher- schutzes .....	356
(1)	Rechtsangleichung im Lauterkeitsrecht .....	356
(2)	Rechtsangleichung im Verbrauchervertragsrecht .....	363
b.	Die binnenmarktkomplementäre Entwicklung: „Negative“ Harmonisierung durch den EuGH und Binnenmarkt- harmonisierung durch den europäischen Gesetzgeber .....	369

(1) „Negative“ Harmonisierung im Rahmen der Dassonville- und Cassis-Doktrin bis Keck .....	369
(a) Lauterkeitsrecht .....	369
(b) Zwingendes Vertragsrecht .....	372
(c) Einfluß der Keck-Entscheidung? .....	377
(2) Binnenmarktharmonisierung durch den europäischen Gesetzgeber seit Keck .....	385
(a) Fernseh-Richtlinie und E-Commerce-Richtlinie .....	385
(b) Die Perspektive: Bereichsspezifische Harmonisierung oder „kombinierter Ansatz“? .....	388
2. Folgerungen aus der binnenmarktfunktional übergreifenden Betrachtung des lauterkeits- und vertragsrechtlichen Verbraucherschutzes .....	394
3. Übergang zur inhaltlich-privatrechtlichen Perspektive und offene Fragen .....	403
III. Die inhaltlich orientierte (privatrechtliche) Perspektive .....	410
1. Verbraucherschutz und Schutz der Lauterkeit des Handelsverkehrs in der Rechtsprechung des EuGH .....	410
a. Einführung .....	410
b. Grundkonzepte der EuGH-Rechtsprechung im Bereich des Verbraucher- und Lauterkeitsschutzes .....	411
c. Lauterkeitsrecht und Vertrag in der Rechtsprechung des EuGH: Komplementarität und Gleichmaß der Wertungen .....	420
d. Exkurs: Das Durchsetzungskonzept des EuGH als Bestätigung des ordnungspolitischen Gebots effektiver Rechtsdurchsetzung .....	429
e. Zwischenfazit .....	432
2. Verbraucherschutz und Schutz der Lauterkeit des Handelsverkehrs im europäischen Sekundärrecht .....	433
a. Einführung .....	433
b. Überblick: Maßnahmen und Instrumente .....	434
(1) Lauterkeitsrecht .....	434
(2) Verbrauchervertragsrecht .....	438
c. Wechselseitige Grenzüberschreitung und sachliche Komplementarität .....	443
d. Der konzeptionelle Perspektivwechsel: Orientierung am Systemvertrauen in einem einheitlichen institutionellen Rahmen für Kommerzielle Kommunikation und Vertragsschluß .....	455
e. Fallbeispiel: Verbrauchsgüterkauf-Richtlinie .....	462
(1) Die Regelungen über Garantien (Art. 6) .....	462
(a) Die Transparenz- und Informationspflichten nach Art. 6 Abs. 2 und 3 Verbrauchsgüterkauf-RL .....	463
(b) Die Haftung des Garantiegebers gemäß der Garantieerklärung und der einschlägigen Werbung .....	464
(2) Der Gewährleistungstatbestand (insbesondere die Haftung für Werbeangaben Art. 2 Abs. 2 lit. d Var. 3 Verbrauchsgüterkauf-Richtlinie) .....	472

(a) Der (subjektive) Maßstab der Vertragsmäßigkeit .....	472
(b) Die zwingende Typisierung und Entindividualisierung des Haftungsmaßstabs .....	475
(c) Bedenken gegen eine Übertragbarkeit des europäischen Verbraucherleitbilds auf Art. 2 Abs. 2 lit. d Variante 3 Verbrauchsgüterkauf-Richtlinie aus der Sicht des deutschen Rechts .....	477
(d) Konkrete Folgerungen .....	488
(3) Zwingendes Recht (Art. 7) .....	491
(4) Horizontalisierende Umsetzung der Verbrauchsgüterkauf-RL in das deutsche Recht und ordnungspolitische Folgerungen für das Lauterkeitsrecht .....	496
(a) Der rechtspolitische „erst-recht“-Schluß bezüglich der Umsetzung der Lauterkeits-RL .....	496
(b) Exkurs: Probleme überschießender Richtlinienumsetzung ...	502
C. Bewertung und Folgerungen .....	506
4. <i>Abschnitt</i> : Zusammenfassung zum zweiten Kapitel .....	510

3. Kapitel:

Die unmittelbar-heteronome wechselseitige Rezeption  
der Wertungen aus Vertrags- und Wettbewerbsrecht

1. <i>Abschnitt</i> : Überblick .....	525
2. <i>Abschnitt</i> : Unmittelbar-heteronome Rezeption wettbewerbs- rechtlicher Wertungen im BGB .....	527
A. Heteronome Rezeption in § 134 BGB .....	527
I. Unterschiedliche Regelungsbereiche von UWG und § 134 BGB ....	527
II. Wettbewerbsverstoß in der Vertragsanbahnung .....	529
III. Wettbewerbsverstoß als Gegenstand des Vertrags .....	535
IV. Rechtsfolgen .....	536
V. Fazit und Einordnung .....	537
B. Einwilligungsvorbehalte bezüglich bestimmter verbotener Direktmarketingformen und zivilrechtliche Kontrolle der „Einwilligungen“ als mittelbar-heteronome Absicherung .....	540
I. Wettbewerbsrechtliche Ausgangslage .....	540
II. Einordnung ausdrücklicher oder konkludenter Einwilligungen in der Rechtsgeschäftslehre und Abstimmung der zivilrechtlichen Kontrolle mit der Wertung der lauterkeitsrechtlichen Verbote .....	543

1. Einwilligung als Rechtsgeschäft? .....	543
2. Anwendbarkeit der Normen der allgemeinen Rechts- geschäftslehre .....	545
3. Abschluß- und Inhaltskontrolle nach §§ 305 ff. BGB mit Bezug auf Einwilligungen in belästigende Werbung .....	548
III. Fallgruppen der mutmaßlichen Einwilligung in § 7 Abs. 2 Nr. 2, 3 und § 7 Abs. 3 UWG .....	557
1. Mutmaßliche Einwilligung von Gewerbetreibenden im Falle des § 7 Abs. 2 Nr. 2 UWG .....	558
2. Mutmaßliche Einwilligung von Verbrauchern unter § 7 Abs. 2 Nr. 2 UWG und (allgemein) unter § 7 Abs. 2 Nr. 3 UWG in atypischen Notfällen .....	559
C. Deliktsrechtlicher Exkurs: Heteronome Rezeption in § 823 Abs. 2 BGB? ..	556
I. § 3 UWG als Schutzgesetz im Sinne des § 823 Abs. 2 BGB? .....	557
II. §§ 16–19 UWG als Schutzgesetze im Sinne des § 823 Abs. 2 BGB ..	571
 3. <i>Abschnitt:</i> Unmittelbar-heteronome Rezeption vertragsrechtlicher Wertungen im UWG .....	572
A. Informationspflichtverletzung und Rechtsbruch .....	572
I. Entwicklung der Fallgruppe des Rechtsbruchs in der neueren Rechtsprechung und der zugehörige Beispiels- tatbestand des neuen UWG als allgemeiner Hintergrund .....	572
II. Verletzung verbraucherschützender Informationspflichten als praktisch wesentlichster Fall unmittelbar-heteronomer Rezeption im Beispielstatbestand Rechtsbruch .....	573
III. Die ordnungspolitische (Durchsetzungs-)Perspektive .....	575
IV. Die dogmatische Umsetzung und ihre Entwicklung .....	577
B. Anwendbarkeit des Wettbewerbsrechts auf vertragsbezogene unternehmerische Handlungen, insbesondere die Verletzung verbraucherschützender (Informations-)pflichten .....	580
I. Nochmals: Vertragsschluß als entscheidende Zäsur bezüglich des Vorliegens einer Wettbewerbshandlung de lege lata? ..	580
1. Die bisher vertretenen Ansichten .....	580
2. Stellungnahme und eigene Auffassung: Notwendigkeit einer inhaltlich-wertenden Abgrenzung .....	583
II. Die inhaltlich wertungsbezogene Korrektur und die gebotene Abgrenzung gegenüber reinen Einzelfällen nach der Bagatellklausel des § 3 UWG .....	590

1. Allgemein .....	590
2. Spezifische Folgerung für die typisierten verbraucher- schützenden Informationspflichten des Vertragsrechts .....	592
III. Rechtsfolgenbezogene Reichweite des wettbewerbs- rechtlichen Schutzes bei Verletzung Verbraucherschützender Informationspflichten nach Vertragsschluß .....	594
IV. Umsetzung der Lauterkeits-RL mit Blick auf Geschäftspraktiken nach Vertragsschluß .....	597
C. Exkurs: Ordnungspolitische Durchsetzungsperspektive als (über den Bereich des vertragsrechtlichen Verbraucherschutzes hinaus) verallgemeinerbares Prinzip .....	600
D. Die Fallgruppe des unlauteren Ausnutzens von Rechtsunkenntnis als eigenständige, mittelbar-heteronome Flankierung zivilrechtlicher Wertungen außerhalb des Rechtsbruchtatbestands? .....	602
4. <i>Abschnitt</i> : Zusammenfassung zum dritten Kapitel .....	606

## 4. Kapitel:

Die mittelbar-autonome wechselseitige normative Beeinflussung  
von Vertrags- und Wettbewerbsrecht

1. <i>Abschnitt</i> : Überblick .....	615
2. <i>Abschnitt</i> : Allgemeine Konzeptionen .....	619
A. Der jeweilige Verbraucher- und Unternehmerbegriff .....	619
I. Relevanz und praktische Probleme der Anwendung des zivil- rechtlichen Verbraucher- und Unternehmerbegriffs im Wettbewerbsrecht .....	619
II. Vereinbarkeit des zivilrechtlichen Verbraucher- und Unternehmerbegriffs mit gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben und Folgerung für das Wettbewerbsrecht .....	623
1. Vereinbarkeit des zivilrechtlichen Verbraucher- und Unternehmerbegriffs mit den Vorgaben des vertriebs- spezifischen gemeinschaftsrechtlichen Verbraucherschutzes .....	623
2. Folgerung für das Wettbewerbsrecht: Vereinbarkeit des wett- bewerbsrechtlichen Verbraucher- und Unternehmerbegriffs mit den Vorgaben der Lauterkeits-Richtlinie .....	628
III. Rechtspolitische Kritik an der Vereinheitlichung des Verbraucher- und Unternehmerbegriffs in §§ 13, 14 BGB und Vergleich mit der Rechtsslage im Wettbewerbsrecht .....	630

1. Kritische Stimmen im Zivilrecht .....	630
2. Vergleich zum Wettbewerbsrecht .....	636
a. Keine grundlegende inhaltliche Differenzierung des geltenden UWG bezüglich des Verbraucherschutzes im Vergleich zum Schutz sonstiger Marktteilnehmer im Vertikalverhältnis .....	636
b. Verbraucherspezifische Gestaltung einzelner Beispielstatbestände unlauteren Wettbewerbs .....	638
c. Möglichkeiten zur Abweichung von den verbraucherspezifisch typisierenden Wertungen unter Rückgriff auf § 3 UWG im Einzelfall? .....	638
IV. Notwendigkeit einer verbraucherschutzbezogenen Spaltung des UWG im Rahmen der Umsetzung der Lauterkeits-Richtlinie? .	646
B. Abgrenzung von den Diskussionen um das Verbraucherleitbild und den zunehmenden Bemühungen um die Entwicklung eines Unternehmerleitbilds im UWG .....	647
3. <i>Abschnitt:</i> Ausgewählte Instrumente des Zivilrechts mit eigenständiger marktbezogener Ordnungsfunktion und funktionale Wechselwirkung mit den jeweiligen Wertungsmaßstäben im Wettbewerbsrecht .....	653
A. Widerrufsrechte bei besonderen Vertriebsformen und Wettbewerbsrecht .....	653
I. Grundsatz .....	653
1. Argumentationsmuster in Literatur und Rechtsprechung .....	653
2. Stellungnahme und eigene Ansicht zur Rückwirkung der zivilrechtlichen Regelungen besonderer Vertriebsformen auf das Wettbewerbsrecht .....	656
a. Zivilrechtliche Regelung als stützendes Argument für ein wettbewerbsrechtliches Verbot? .....	656
b. Direkte oder indirekte Rückwirkungen der zivilrechtlichen Regelung der besonderen Vertriebsformen im Sinne einer Liberalisierung der Maßstäbe im UWG? .....	658
c. Die wettbewerbsrechtliche Perspektive: Insbesondere die Rolle der wettbewerbsbezogenen Bagatellklausel in § 3 UWG .....	666
II. Das Widerrufsrecht beim „Haustürgeschäft“ gem. § 312 BGB und der innere Zusammenhang mit der wettbewerbsrechtlichen Beurteilung von „Haustürsituationen“ .....	678
1. Reichweite der situationsbezogenen, geschäftsbezogenen und normativ-personenbezogenen Typisierung des § 312 BGB und flankierender Umfeldschutz durch das UWG .....	678
a. Situationsbezogene Typisierung .....	679
b. Normativ-personenbezogene Typisierung .....	683
c. Geschäftsbezogene Typisierung .....	683

2. Rückwirkung des situationsbezogenen Vorfeldschutzes in „Haustürsituationen“ auf die wettbewerbsrechtlichen Verbote bestimmter Vertriebsmethoden im einzelnen .....	684
III. Das Widerrufsrecht beim Fernabsatz (insbesondere im E-Commerce) gemäß §§ 312b ff. BGB und der innere Zusammenhang mit der wettbewerbsrechtlichen Beurteilung bestimmter Vertriebsmodelle und Direktmarketing- formen .....	692
1. Grundsatz: Der Zusammenhang mit § 312e BGB und das Verhältnis zum lauterkeitsrechtlichen Schutz vor Beein- trächtigungen der Entscheidungsfreiheit und vor Belästigung ...	692
2. Die neueste lauterkeitsrechtliche Rechtsprechung zu innovativen Direktvertriebsmodellen und die faktische Rückwirkung der durch §§ 312b ff. BGB gewährleisteten Überlegungsfrist auf die lauterkeitsrechtliche Beurteilung .....	695
3. Die differenzierte Regelung des Belästigungsschutzes in diesem Bereich als Beleg des grenzkostenorientierten Modells für das Verhältnis von Verbrauchervertriebs- und Wettbewerbsrecht ...	701
IV. Bestätigung der hier vertretenen Sichtweise durch die Regelungen der Lauterkeits-Richtlinie .....	705
B. Die Rolle der Informationspflichten (insbesondere bei den besonderen Vertriebsformen) im Verhältnis zum Wettbewerbsrecht und ihre rechtsfolgenspezifische Analyse .....	711
I. Geltende Rechtslage .....	711
1. Institutionelle Funktion und institutionelle Durchsetzung .....	711
2. Individualschützende Zwecke und individuelle Rechtsfolgen ...	713
a. Grundsatz .....	713
b. Einteilung der besonderen Informationspflichten und Konsequenzen für die Sanktionierung .....	715
(1) Pflichten bei Haustürgeschäften und im Fernabsatz .....	715
(a) Den verbraucherschützenden Widerrufsrechten unmittelbar akzessorische Informationspflichten .....	716
(b) Die für die Ausübung der Widerrufsrechte relevanten Informationspflichten zur Sicherung der informationellen Entscheidungsgrundlage des Vertragsschlusses .....	718
(c) Sonstige individualschützende Informationspflichten im Fernabsatz mit anders gerichteten Zwecken .....	720
(2) Informations- und Vorkehrungspflichten im E-Commerce .....	722
3. Zwischenfazit: Überlegenheit indirekt dezentraler Steuerung durch Sicherung der Entscheidungsfreiheit der Verbraucher gegenüber direkter Steuerung durch ausschließlich institutionell systembezogene Regeln zwingenden Rechts .....	728

II. Künftige Umsetzung der Lauterkeits-Richtlinie und Verhältnis zum Vertragsrecht .....	729
C. Die Neuregelung des Verbrauchsgüterkaufs in ihrem Verhältnis zum Wettbewerbsrecht .....	735
I. Die Regelungen über Garantien in §§ 443, 477 BGB in ihrem Verhältnis zum Wettbewerbsrecht .....	736
1. Die standardisierenden Informationspflichten des § 477 BGB .....	736
2. Die dogmatische Konstruktion einer nicht dispositiven rechtsgeschäftlichen Haftung für die Angaben in der „einschlägigen Werbung“ im deutschen § 443 Abs. 1 BGB .....	739
a. Grundsatz .....	739
b. Konsequenzen der rechtsgeschäftlichen Lösung für Einzelprobleme und verbleibende Einfallstore für eine Wechselwirkung mit dem Wettbewerbsrecht .....	741
(1) Zustandekommen von Garantievereinbarungen .....	742
(2) Einbeziehung von garantiebezogenen Werbeangaben Dritter? ...	743
(3) Auslegung des Inhalts von Garantievereinbarungen mit Blick auf die Angaben der „einschlägigen Werbung“ .....	747
II. Die typisierte Einbeziehung von Werbeaussagen des Verkäufers und bestimmter Dritter in die Beschaffenheitsvereinbarung .....	754
1. Grundsatz .....	754
2. Wechselwirkung und Konvergenz: Wettbewerbsrechtliche Beurteilungskriterien und Leitbild des Durchschnitts- verbrauchers (Erwartungshorizont) .....	761
3. Praktische Folgerungen für § 434 Abs. 1 S. 3 BGB .....	764
a. Bestimmung der angesprochenen Verkehrskreise .....	765
b. Der Erwartungshorizont des Durchschnittsverbrauchers: Abgrenzung eigenschaftsbezogener Äußerungen von bloßen Anpreisungen und weitere Einzelfragen .....	768
(1) Bestimmte Eigenschaften .....	768
(2) Der objektive Erwartungshorizont des „vernünftigen“ Käufers: Einzelheiten und mögliche Entlehnungen aus dem Wettbewerbsrecht .....	772
(3) Eigenschaftsangaben durch Unterlassung (Verschweigen)? .....	775
c. Relevanz der öffentlichen Äußerung: Nichtbeeinflussenkönnen der Kaufentscheidung als Ausschlußgrund .....	779
d. Gleichwertige Berichtigung der Äußerung als Ausschlußgrund .....	792
e. Zurechnungsfragen in § 434 Abs. 1 S. 3 BGB und wett- bewerbsrechtliche Verantwortlichkeit für fremde Zuwider- handlungen .....	796
(1) Urheber der öffentlichen Äußerung .....	796
(2) Haftungsprivilegierung für den Verkäufer bei Nichtkennen- müssen .....	801

4. Rechtstatsächlich zu erwartende Bedeutung der hier vorgeschlagenen Lösung und des § 434 Abs. 1 S. 3 BGB insgesamt in einzelnen Handelsbereichen .....	804
D. Zwischenfazit .....	809
4. <i>Abschnitt</i> : Ausgewählte Instrumente des Zivilrechts mit lediglich reflexartiger marktbezogener Ordnungsfunktion und Wechselwirkung typisierter Wertungen mit den jeweiligen Wertungsmaßstäben im Wettbewerbsrecht .....	816
A. Recht der Anfechtung und Zusammenhang mit dem Wettbewerbsrecht .....	817
I. Relevante Schnittfelder des Rechts der Anfechtung mit dem Wettbewerbsrecht .....	817
II. Anfechtung wegen Eigenschaftsirrtums gemäß § 119 Abs. 2 BGB ..	822
1. Grundsätzliche Unbeachtlichkeit des bloßen Motivirrtums, dogmatische Einordnung des § 119 Abs. 2 BGB und Parallelen zu § 434 Abs. 1 S. 2 Nr.2, S. 3 BGB .....	822
a. Die Unbeachtlichkeit des Motivirrtums und der Vergleich mit dem Wettbewerbsrecht .....	822
b. Die dogmatische Einordnung des § 119 Abs. 2 BGB .....	827
c. Die ansatzweise Vergleichbarkeit der zugrundeliegenden Interessenabwägung und der Tatbestandsstruktur in § 119 Abs. 2 BGB und § 434 Abs. 1 S. 3 BGB .....	830
2. Eigenschaftsbegriff in § 119 Abs. 2 BGB: Parallelen zu § 434 Abs. 1 S. 2 Nr. 2, S. 3 BGB und Verhältnis zum wettbewerbsrechtlichen Vorfeldschutz .....	834
a. Allgemein .....	834
b. Die Behandlung des Wertirrtums als Beispiel des Verhältnisses des Rechts der Irrtumsanfechtung zum wettbewerbsrechtlichen Vorfeldschutz .....	838
3. Verallgemeinerung der Grundprinzipien des Verhältnisses der Irrtumsanfechtung zum wettbewerbsrechtlichen Vorfeldschutz .....	843
a. Grundsätzlich nur begrenzte Vergleichbarkeit der Maßstäbe .....	843
b. Reichweite der Vergleichbarkeit und Rolle der Werbung bei der Konkretisierung des Kriteriums der „Verkehrswesentlichkeit“ in § 119 Abs. 2 BGB .....	843
c. Grenzen der Vergleichbarkeit .....	846
4. Das „Zurechnungsmodell“ der §§ 119, 122 BGB: Parallelen und Unterschiede zu § 434 Abs. 1 S. 3 BGB .....	850
5. Die Konkurrenz zu den kaufrechtlichen und sonstigen Mängelansprüchen .....	855

III.	Anfechtung wegen arglistiger Täuschung .....	863
1.	Struktur des Tatbestandes und Vergleich mit wettbewerbs- rechtlichen Maßstäben .....	863
2.	Unterschiedliche methodische Ansätze zur Verallgemeinerung bzw. Erweiterung des Tatbestandes des § 123 Abs. 1 BGB .....	864
a.	Der Ansatz Sacks .....	864
b.	Der Ansatz Grigoleits .....	867
c.	Engere Ansätze unterschiedlichen Umfangs .....	869
3.	Die Rückwirkung der Regelung der culpa in contrahendo im Rahmen der Schuldrechtsreform .....	869
a.	Tatbestandliche Abgrenzung zu §§ 311 Abs. 2, 241 Abs. 2 BGB über das Erfordernis eines Vermögensschadens? .....	869
b.	Vorhandensein einer systemwidrigen Lücke in § 123 BGB nach der Schuldrechtsreform? .....	872
c.	Vorsatzdogma und Vorrang des § 123 BGB ? .....	876
d.	Rechtsfolgenunterschiede und Konstruktionsvorteile der Lösung über §§ 311 Abs. 2 und 3, 241 Abs. 2 BGB .....	881
4.	Zwischenfazit und Folgerung für den Vergleich von § 123 Abs. 1 Alt. 1 BGB mit Maßstäben des wettbewerbs- rechtlichen Schutzes der informationellen Entscheidungs- grundlage .....	883
IV.	Anfechtung wegen widerrechtlicher Drohung .....	885
1.	Die Struktur des Drohungstatbestandes .....	885
2.	Schmalere Überschneidungsbereich mit dem Wettbewerbsrecht ..	887
3.	Erweiterung durch Analogien mit Blick auf drohungs- ähnliche Zwangslagen? .....	888
4.	Zwischenfazit und Auswirkung für das Verhältnis von § 123 Abs. 1 BGB insgesamt zu Maßstäben des wettbewerbs- rechtlichen Schutzes der informationellen Entscheidungs- grundlage und des Entscheidungsprozesses .....	891
B.	Wettbewerbsverstoß und Sittenwidrigkeit in § 138 BGB .....	892
I.	§ 3 UWG und § 138 BGB: Unterschiedliche Regelungsbereiche oder funktional-rechtsfolgenspezifische Unterschiede in der jeweiligen Wertung .....	892
II.	Mögliche Konflikte mit der wettbewerbsrechtlichen Wertung im Falle von Basisverträgen .....	900
III.	Folgeverträge unlauteren Wettbewerbs .....	907
1.	Die im Ausgangspunkt unterschiedlichen Maßstäbe .....	907
a.	Wucher (§ 138 Abs. 2 BGB) .....	907
b.	Sonstige Sittenwidrigkeit (§ 138 Abs. 1 BGB) .....	914

2. Die Entwicklung der Rechtsprechung im Überschneidungsbereich von Wettbewerbsrecht, § 138 BGB und situationspezifischem Verbrauchervertriebsrecht als Beispiel zeitlicher Komplementarität .....	915
C. Zivilrechtlich „gefilterte“ Rezeption lauterkeitsrechtlicher Maßstäbe im Rahmen von Schadensersatzansprüchen aus culpa in contrahendo gemäß §§ 311 Abs. 2 und 3, 241 Abs. 2, 280 Abs. 1 i.V.m. §§ 249 ff. BGB .	924
I. Ausgangslage .....	924
II. Werbliche Vertragsanbahnung und Sonderverbindung .....	928
1. Entstehen einer Sonderverbindung durch Werbemaßnahmen gegenüber dem potentiellen Vertragspartner und Pflichtenmaßstab für den die Sonderverbindung begründenden Akt .....	928
a. Haftungsgrund und dogmatische Einordnung .....	928
b. Entstehungstatbestand der Sonderverbindung durch Werbung .....	931
c. Zwischenbefund und wertend-systematische Überprüfung .....	937
d. Dogmatische Umsetzung .....	941
e. Problem der Bestimmung des Pflichtenprogramms für die latent auf werbliche Äußerungen vorwirkenden Pflichten des § 241 Abs. 2 BGB und diesbezügliche Überlagerung der Wertmaßstäbe mit typisierten wettbewerbsrechtlichen Wertungen ..	945
2. Die Einbeziehung Dritter nach § 311 Abs. 3 BGB in den Kreis der verpflichteten Personen .....	948
a. Ausgangslage .....	948
b. Änderungen der Wertungsgrundlage durch die Neuregelung des Kaufrechts in der Schuldrechtsreform und insbesondere durch die Regelung des § 434 Abs. 1 S. 3 BGB .....	951
(1) Schutzwürdiges „besonderes“ Vertrauen der Kunden .....	951
(2) Spezifische Verantwortlichkeit der Hersteller bzw. Quasi-Hersteller und Inanspruchnahme „besonderen Vertrauens“ „für sich“ .....	953
(3) Unterminierung spezifisch kaufrechtlicher Wertungen bezüglich der Dritthaftung aus Garantien und bezüglich des auf die Vertriebskette limitierten Regresses der Letztverkäufer? .....	958
c. Zwischenergebnis .....	967
III. Die Bestimmung des vorvertraglichen Pflichtenprogramms für den Akt der Kontaktaufnahme unter Rückgriff auf wettbewerbsrechtliche Verkehrssicherungspflichten und die Grenzen des durch die Wertung des § 434 Abs. 1 S. 3 BGB definierten Bereichs typisierbaren Vertrauens .....	969
1. Sicherung der informationellen Entscheidungsgrundlage durch Schutz vor vorvertraglicher Fehl- und Nichtinformation .	969

a.	Positiv irreführende Angaben und Pflichtenmaßstab im Rahmen des § 241 Abs. 2 BGB .....	969
b.	Zivilrechtlich „gefilterte“ Rezeption lauterkeitsrechtlicher Informationspflichten als Aufklärungspflichten i.S.d. § 241 Abs. 2 BGB .....	975
(1)	Ungeschriebene Aufklärungspflichten und Transparenzgebot ..	976
(2)	Explizit geregelte wettbewerbsrechtliche „Informationspflichten“ als Aufklärungspflichten i.S.d. § 241 Abs. 2 BGB? ...	981
2.	Sicherung des unbeeinflussten Entscheidungsprozesses durch Schutz vor pflichtwidriger Beeinflussung .....	985
a.	Ausgangslage .....	985
b.	Psychologischer Kaufzwang durch Wertreklame oder Gewinnspiele als Grundlage der zivilrechtlichen Wertung bezüglich des Schutzes der Entscheidungsfreiheit in § 241 Abs. 2 BGB? .....	987
c.	Differenzierung der beteiligten Interessen, Geltung des Gleichmaßgrundsatzes und Wechselwirkung des zivilrechtlichen Maßstabs mit der Liberalisierung der Fallgruppe des psychologischen Kaufzwangs .....	992
d.	Zwischenfazit .....	999
3.	Bedenken gegen den differenzierten Import lauterkeitsrechtlicher Prüfmuster und Judikate .....	1000
IV.	Haftungsumfang nach §§ 311 Abs. 2 und Abs. 3, 241 Abs. 2, 280 Abs. 1, 276 BGB i.V.m.§§ 249 ff. BGB und Konkurrenz zum Gewährleistungsrecht .....	1011
1.	Ausgangspunkt .....	1011
2.	Schadensersatz bei nicht zustande gekommenem Vertrag .....	1016
a.	Schadensersatzanspruch gegen den prospektiven Vertragspartner ..	1016
b.	Schadensersatzanspruch gegen Dritte .....	1021
3.	Schadensersatzanspruch bei zustande gekommenem Vertrag ...	1022
a.	Schadensersatzanspruch gegen den Vertragspartner und Konkurrenz zum Gewährleistungsrecht .....	1022
b.	Schadensersatzanspruch gegen Dritte und Begrenzung der Haftung .	1027
5.	<i>Abschnitt:</i> Systemwidrige tatbestandliche Schutzlücken im Vertragsrecht oder strukturelle Durchsetzungslücken des Individualschutzes als Paradigma für das Verhältnis von Wettbewerbs- und Vertragsrecht? .....	1032
A.	Tatbestandliche Lückenlosigkeit der vertragsrechtlichen Behelfe und Existenz struktureller Durchsetzungslücken im Individualschutz .	1032
B.	Das wettbewerbsrechtliche Durchsetzungsverbot als Fallbeispiel für systematisch genutzte durchsetzungsbezogene Informationsasymmetrien und die ergänzende Rolle des Wettbewerbsrechts bei der Durchsetzung zivilrechtlichen Individualschutzes .....	1036

I. Die Entwicklung der Rechtsprechung zu wettbewerbsrechtlichen Durchführungsverboten und die Gesamtkonzepttheorie des BGH .....	1036
II. Die konzeptionelle Alternative: Durchsetzungsorientierte Subsidiarität des Wettbewerbsrechts im Verhältnis zum Vertragsrecht statt tatbestandlicher Abgrenzungsversuche .....	1046
C. Durchsetzungsorientierte Folgerungen: Zweifelhafte Funktionalität spezialgesetzlicher Vertragslösungsrechte oder Schadensersatzansprüche und vorstellbare Alternativkonzepte ...	1053
6. <i>Abschnitt</i> : Zusammenfassung zum Vierten Kapitel .....	1061
Fazit und Perspektive .....	1084
Literaturverzeichnis .....	1093
Sachverzeichnis .....	1137